

## Die Kriegsgefangenen in Rußland.

Mitteilungen des Präsidenten der Auskunftsstelle.

Das letzte Amtsblatt der Stadt Wien veröffentlicht eine Erklärung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner über die Lage unserer Kriegsgefangenen in Rußland, die Dr. Weiskirchner auf Grund von Informationen durch den Präsidenten der Auskunftsstelle für Kriegsgefangene Freih. v. Slatin zu Beginn der letzten Gemeinderatsitzung abgegeben hat. Die Veröffentlichung dieser Mitteilungen ist — eine der zahllosen Zensur-„Selbstzensuren“ — am 27. Februar unterdrückt worden, obwohl begreiflicherweise alles, was das Schicksal der Kriegsgefangenen betrifft, in der Bevölkerung mit der lebhaftesten Teilnahme verfolgt wird. In den Mitteilungen heißt es:

Die österreichisch-ungarische Kommission in Petersburg, die aus Vertretern des Kriegsministeriums und des Roten Kreuzes zusammengesetzt war und während der Brest-Litovsker Verhandlungen über den Austausch der Kriegsgefangenen und Zivilinternierten mit den Delegierten der Bolschewikeregierung verhandelte, drängte darauf, über die Verhältnisse der Kriegsgefangenen eine möglichst genau umschriebene Entscheidung der russischen Regierung zu erhalten. Diese Entscheidung wurde dahin getroffen, daß die Gefangenen in den ihnen zugewiesenen Lagern und Abteilungen bis auf weiteres verbleiben, dort verpflegt und nach Friedensschluß in ihre Heimat befördert werden.

Eine große Zahl von Gefangenen, die nicht unter strenger Aufsicht oder militärischer Bewachung stand, so besonders die als Feldarbeiter verwendeten Gefangenen, haben die Gelegenheit der Unruhen benützt und sind meist ungehindert durch die militärische Front herübergekommen. Ihre Zahl soll sich auf zirka 60.000 belaufen; sie sind von den österreichisch-ungarischen und den deutschen Truppen aufgenommen worden.

Die noch in Rußland zurückgehaltenen Gefangenen sind vorläufig in den ihnen zu-

gewiesenen Lagern, werben von der Regierung verpflegt und harren des Austausches, über dessen Durchführung die genauen Bedingungen und Modalitäten im Friedensvertrag festgesetzt werden. Die österreichisch-ungarische Regierung widmet monatlich einen Betrag von fünf Millionen Rubel, der der Schutzmacht Dänemark übergeben wird, die diesen Betrag zur Anschaffung von Lebensmitteln oder zur Verteilung mit Barbeträgen verwendet.

Der Hilfsdienst ist ausgezeichnet durch Dänemark organisiert. Zwanzig Delegierte amtieren in den zwanzig Distrikten, denen viele Hilfskräfte zur Verfügung stehen und die wieder mit den einzelnen Lagerkommissionen stets in Verbindung sind. Die Lagerkommissionen stets in Verbindung sind. Die Schaffen gemischt zusammengesetzt. Am schwierigsten gestaltet sich die Lebensmittelbeschaffung im zentralen Rußland wegen des Mangels der Transportmittel. Für die Rückbeförderung der Gefangenen wird bei den Friedensverhandlungen darauf Bedacht genommen werden, daß Invalide und Kranke in erster Linie zum Austausch gebracht werden.